

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**

**der 05. Sitzung der**

**XXI. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 22. Oktober 2015**

**10.04 Uhr - 21.40 Uhr**

## Tagesordnung

1.

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11. Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle);

12.

13.

;

14.

-

15.

16.

**Bericht** des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 63), mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle) (Zahl 21 - 46) (Beilage 106);

Berichtersteller: Mag. Christian Drobits (S. 386)

Redner: Manfred Köllly (S. 386), Mag.a Regina Petrik (S. 390), Gerhard Kavasits (S. 391), Mag. Thomas Steiner (S. 392), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 394), Werner Friedl (S. 396), Landeshauptmann Hans Niesl (S. 397), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 399), Wolfgang Spitzmüller (S. 401), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 401), Robert Hergovich (S. 402), Gerhard Kavasits (S. 403), Mag. Thomas Steiner (S. 404)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 405)

**11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 63), mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle) (Zahl 21 – 46) (Beilage 106)**

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Wir kommen nun zum 11. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 63, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), Zahl 21 - 46, Beilage 106.

Berichtersteller zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Mag. Christian Drobits:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7.10.2015, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Berichterstatter. Ich habe mehrere Wortmeldungen. Als Erstes erteile ich dem Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur heutigen Landtagssitzung kann ich nur eines dazu sagen, die Fragestunde war wieder eine Farce, insofern, dass man sich gegenseitig Schuldzuweisungen getan hat und dementsprechend denke ich auch, man sollte im Hohen Haus mit gewissen Wörtern oder mit Aussagen vorsichtig sein.

Auch ich nehme mich oft zurück und muss mich zurücknehmen, das sollte auch für mich ein Beispiel sein. Heute wurde wieder aufgezeigt, dass es so nicht sein soll.

Ich möchte aber auf die Fragestunde insgesamt eingehen. Fragestunde ist legitim, ist demokratisch legitimiert. Soll so sein, muss so sein, aber es kann so nicht sein, dass die Präsidiale festlegt, welche Fragen als erster gereiht werden. Da sind meistens Fragen, wie wir heute gehört haben, immer wieder von den Parteien an die Regierungsmitglieder von der eigenen Partei gestellt und das ist eine interessante Situation.

Ich denke, dass in den Klubs diskutiert werden muss und soll. Warum stellt man dann Fragen, die schon längst abgehandelt wurden? Warum stellt man dann Fragen, die auch schon schriftlich abgefragt wurden, beziehungsweise auch beantwortet wurden? Heute hat man ja typisch gesehen mit dieser Wohnbauförderungsaktion, die sich hier abgespielt hat, wie gut und schön im Burgenland die Wohnbauförderung ist. Na selbstverständlich, dann geht der Herr Landeshauptmann her und sagt, da werden mehr Baustoffe verkauft und Du bist ja Baustoffhändler, na selbstverständlich. Wir sollten aber lieber schauen, dass die Baustoffe nicht aus dem Ausland hereinkommen und dass die Arbeitskräfte dementsprechend auch im Burgenland bleiben.

Ich habe ihm dann erklärt oder wollte es ihm dann auch bei der Fragestunde sagen, aber die ist ja viel zu kurz, dass bei Ausschreibungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch vielleicht nachgedacht werden sollte, wenn wir in Pinkafeld bauen, Herr Abgeordneter Kollege, und dann die Steiermark mit den besten Preisen hereinkommt.

Dann frage ich mich, da hat ein Burgenländer überhaupt keine Möglichkeit hier mitzutun, preislicher Seite, ob wir nicht bei der Ausschreibung vielleicht das eine oder andere auch einmal überdenken sollten. (*Abg. Mag. Kurt Maczek: Welches Objekt?*)

Die BELIG, da war der Herr Trimmel dort bei der Anbotseröffnung und der Herr Wild, vielleicht fragt Ihr sie, da habt Ihr einen besseren Zugang, weil ich darf dort nicht fragen, aber Ihr als Regierungspartei habt den Zugang, wie sich das eigentlich abspielt.

Das sind immerhin Preise um 900.000 Euro. Das heißt, es sind etliche Arbeitsplätze die hier dann die burgenländische Firmen oder die Burgenländer nicht bekommen und daher müssen 58.000 Personen noch immer auspendeln, aber das berührt anscheinend niemanden in diesem Land.

Das ist das Traurige. Dann stellt sich der Herr Landeshauptmann hin und erzählt wie gut und wie schön das Ganze rennt und wir werden das gläserne Land und die gläserne Partei und mit der FPÖ schaffen wir das alles.

Dann wird diskutiert „100 Tage Regierungspartei SPÖ-FPÖ“, ja 100 Jahre hat einer gesagt, auch gut, soll so sein. Nur de facto sollte man nach 100 Tagen gar noch nicht nachdenken was man geleistet hat. Der ÖVP muss auch in das Stammbuch schreiben, sie sollten auch nicht nach 100 Tagen über andere herziehen, weil ich glaube, man sollte selber vor der eigenen Tür einmal kehren.

Ich denke, da sind auch Fehler passiert, aber dass gar nichts Positives ist, kann man so in diesem Land nicht sagen, das muss man auch klar sagen. Es kann jetzt nicht ein Hickhack zwischen ÖVP und SPÖ werden und ich denke, da sollten wir eigentlich den gemeinsamen Weg suchen.

Wenn ich mir dann den Herrn Landesrat Bieler anhöre, Kulturzentrum diese Anfrage an den eigenen Landesrat und der stellt sich hin und sagt, naja man hat eigentlich nicht alles behindertengerecht gemacht und man hat eigentlich dort und der Boden ist nicht in Ordnung, entschuldige und da muss jetzt schon wieder umgebaut werden, nach zwei Jahren? Ich frage, wie schaut überhaupt die Auslastung in diesem Kulturzentrum aus? Was kostet dem Land das Kulturzentrum Eisenstadt?

Ich frage mich, wie hoch war die Kostenschätzung, beziehungsweise die Angebote und wie hoch ist jetzt die Endabrechnung ohne diesen Zusatz den wir jetzt erst machen müssen? Das heißt, dort war eine klare Fehlkonstruktion, dort war ein klares Versagen auch bei der Überprüfung der Behörde. Das sage ich klipp und klar! Denn wenn jetzt festgestellt wird, dass das nicht behindertengerecht ausgeführt wurde, na Grüß Gott Schlüssel Kompott, wenn wir in den Gemeinden so arbeiten würden, na dann wäre es sehr lustig.

Schaut Euch an das Feuerwehrhaus in Deutschkreutz: Ausschreibung 1,8 Millionen Euro Kostenschätzung 1,8 Millionen Euro, abgerechnet 1,799 Millionen Euro, so arbeiten wir. So nächstes Vinatium: Vier Millionen Euro Kostenschätzung, Ausschreibung vier Millionen Euro und einen guten Wein haben wir dort, Vinothek, Ihr könnt runterkommen, guten Blaufränkisch, aber auch den Uhdler werden wir auch in unsere Vinothek aufnehmen, das ist mir erst eingefallen. *(Beifall von Landesrätin Verena Dunst)* Ich denke, dass das auch ein guter Zug ist, dass wir uns gegenseitig austauschen, auch der Norden sollte den Uhdler verkaufen, wie er im Süden erzeugt wird, ein tolles Produkt. Warum nicht?

Wir sollten miteinander einen Weg finden, dass wir schauen, dass wir nicht die Neidfrage immer in den Vordergrund stellen. Ich denke, dass wir die Uhdlerdiskussion endlich einmal gemeinsam lösen sollten, endlich Schluss machen sollten zum Wohle der Uhdlerproduzenten, egal wie jetzt diese Rebsorte heißt, so oder so. Völlig egal.

Wir haben als Abgeordneten die Aufgabe, das Bestmögliche für dieses Land zu tun, aber kommen wir jetzt speziell zu dem, was der Herr Landeshauptmann immer wieder sagt.

Wir haben 124 Millionen Euro für die Wohnbauförderung im Voranschlag. 78 Millionen werden de facto ausgegeben. Wo bleibt der Rest, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Die Antwort ist er mir schuldig geblieben, aber da könnte man, wenn man in die Tiefe geht, noch einiges sagen. Wenn ich hergehe...

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Wenn Sie jetzt bitte zum Thema kommen, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) (fortsetzend):** Herr Präsident, gerne, aber ich habe eh noch die Möglichkeit bei vielen Punkten zu diskutieren.

Wenn wir jetzt dann zu Punkt 11 kommen, Objektivierungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, da frage ich die FPÖ im Speziellen. Die ja immer aufgezeigt haben mit dieser Geschichten wie Proporz besetzen und hin und her.

Ich weiß nicht, haben Sie sich das genau angeschaut, Herr Kollege Klubobmann Kovasits? Ich erinnere auch die SPÖ daran, bei der letzten Landtagswahl sind wir angetreten bei der SPÖ und haben gesagt, da gehört jetzt aufgeräumt, gläsern alles und gemma. Da wird jetzt endlich einmal was geschehen. Ich weiß schon, nach 100 Tagen oder 105 sind wir jetzt, oder 106 ist ja völlig egal, kann nicht der große Rambazamba passieren, außer beim Schulratspräsidenten, beim Vizepräsidenten, da haben wir gleich aufgeräumt, hinaus mit ihm.

Ich frage mich auch dort, welche Kosten haben wir uns da erspart? Sollten wir nicht, Herr Kollege Hergovich, einmal andenken, Kosten einzusparen? Da würden sich sehr viele Fragen auftun, wo man Kosten einsparen könnte, nicht bei der Bildung. Weil ich glaube, ein bisschen einen Ausgleich braucht man auch dort, dass man auch dementsprechend Leute drinnen sitzen hat, die bei dieser Materie dann schlussendlich auch mitreden können und mitreden sollen.

Burgenland soll transparenter werden, sagt der Herr Landeshauptmann, ja gerne. Wo fängt man an und wo hört man auf?

Sei es im Gemeinderat, sei es in den ganzen Verbänden, sei es auch bei der Energie Burgenland, wo wir federführend sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn ich heute einen Zeitungsartikel lese, was in Tirol ein Vorstandsdirektor verdient, dann frage ich mich, was verdient unser Vorstandsdirektor, oder die beiden?

Das hätte ich gerne gewusst und das interessiert auch die Leute. In den Medien steht, was der in Tirol abcasht. Ich meine das ist ja verrückt, wie soll da ein Normalsterblicher eigentlich seiner Arbeit nachgehen, der vielleicht 1.200 oder 1.100 Euro verdient und der kriegt 28.000 Euro im Monat! Nicht im Jahr, im Monat und noch zusätzlich wahrscheinlich einen Bonus, weil sie so gut gearbeitet haben!

So wie bei uns bei der BEGAS damals. Das ist genau das Interessante, dass wir gerne wissen wollen als Opposition, dass wir auch den Menschen die Augen aufmachen können und sagen was in diesem Land geschieht?

Ist die Frage legitim oder nicht? Stellt sich dann immer der vor, darf ich das überhaupt fragen, oder dürfen wir das nicht fragen? Das ist genau diese Situation, wo wir uns als Opposition, als Kontrollparteien, alle Oppositionsparteien, einbringen werden und schauen werden, hoppla, entspricht das der Realität was die leisten und was sie wirklich bezahlt kriegen? Das sind die Dinge wo ich Transparenz wünsche. Das sind die Dinge.

Nicht nach drei Jahren Rechnungshofberichte wo ich dann lesen muss das Geld ist verschwunden, ist den Bach hinunter gegangen.

Jetzt komme ich zurück auf das Kulturzentrum, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Herr Bieler hat damals gesagt, die Frau Bürgermeisterin ist nicht da, die Kollegin, dass reißen wir weg und wir bauen das neu, ganz einfach, da habt Ihr gar nichts zum Mitreden.

Hoppla, dann hat er die Zügel natürlich zurückgenommen, weil es dann doch einen Aufschrei gegeben hat. Na Gott sei Dank hat die Bevölkerung mitgeredet, haben auch die Fraktionen mitgeredet, hat die Opposition mitgeredet, übrigens auch die FPÖ. Ich bin ja nur neugierig wie sie sich verhalten werden in der nächsten Zeit. Ich glaube, die Werte die die FPÖ in der Opposition gehabt hat und gelebt hat, sind leider wie weggeblasen.

Das fehlt mir. Jetzt busseln sie sich ab, untereinander, vorher waren sie die größten Feinde, aber das soll sein, ich habe ja kein Problem damit und jetzt heben sie brav die Hand und applaudieren, wenn dort der eine oder andere etwas sagt. Ja, ist legitim, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach 100 Tagen? Ich bin neugierig nach drei, vier, fünf Jahren, was dann passiert. Weil dann müssen ja die Werte der FPÖ endlich einmal herauskommen. Ich komme auch von der FPÖ und ich sage, das auch ganz trocken, dass mir gewisse Dinge da absolut nicht gefallen haben und auch noch immer nicht gefallen, weil die Transparenz komplett fehlt und die wird auch in Zukunft fehlen, weil der Alleinherrscher, Herr Landeshauptmann Niessl, wird Euch schon sagen, wo es lang geht.

Der spielt das auf der Geige herunter und er hat ja Recht, weil wenn ich vier Mandate verliere und dann einen Landesrat dazu kriege und eine Partei, die jetzt schön brav sitzt und sagt, naja jetzt müssen wir abwarten, weil nicht. Ich hoffe, dass irgendwann das ausbricht, Eure Ideologie in dieser gesamten Situation, aber auf das warte ich. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Da kannst Du lange warten!*)

Vielleicht warte ich lange, aber ich bin ja guten Glaubens, dass das auch funktioniert. Ja, diese Gesetzesänderung ist ja für mich ein Rückschritt und nicht ein Fortschritt. Ich kann nicht nach 100 Tagen sagen wir haben das jetzt geleistet und das ist so super und so schön und ich sehe einen Rückschritt darin. Geht was anderes an, geht's die Verbände an, geht's die dort an was sich dort abspielt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das wäre vielleicht ein Thema, das wir gemeinsam bewältigen müssen.

Ich weiß schon, Ihr müsst Posten besetzen, Obmann, Obmann-Stellvertreter, noch einen Obmann-Stellvertreter, einen Kassier, alle kassieren brav, ist ja super, toll. Nur, wo bleibt die Leistung bei diesen Herrschaften, dass frage ich mich und da haben höhere Politiker schon gefragt, wo ist eigentlich meine Leistung? Haben auch abcasht.

Das gehört geändert und dieses Geld gehört in die Wirtschaft hineingesteckt und es gehört gesagt liebe Freunde, das Geld können wir uns sparen für die Funktionäre, die sollen das freiwillig machen oder gar nicht.

Ist auch völlig egal, denn ein Verband wird auch wirtschaftlich gesehen und soll auch wirtschaftlich geführt werden. Wenn ein Müllverband, ein Umweltdienst Burgenland 95 oder 96 Millionen Euro an Rücklagen und Rückstellungen anhäuft, dann sollte man auch das hinterfragen.

Kann man dieses Geld nicht woanders verwerten? Das liegt irgendwo und ich bin neugierig wie viele Zinsen wir davon kriegen in Zeiten wie diesen.



Auch das gehört angedacht. Ich denke, dass Parteigänger der Parteizentralen der Vergangenheit angehören müssen und ich glaube, das wäre der richtige Schritt Mut zu haben, ein Zeichen zu setzen, jetzt, neue Regierungskonstellation, das zu machen.

Dann sage ich: Hut ab, dann gehe ich auch den Weg gerne mit Euch. Weil wir immer gesagt haben, wir wollen mitarbeiten für dieses Land. Wir wollen auch für die Menschen da sein in diesem Land, aber diesem Antrag, dem können und wollen wir nicht zustimmen, das ist nämlich die tiefste Vergangenheit. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung stammt von der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich darauf hinweisen, angesichts des schütter besetzten Saales, dass man vielleicht in der Geschäftsordnung doch einmal andenken könnte, eine Pause einzulegen während der Sitzung, *(Abg. Manfred Kölly: Die machen jetzt eh eine Pause, die essen eh gerade!)* damit alle Abgeordneten sich zwischendurch kurz auch einmal erholen können, dass man diejenigen, die allen Wortmeldungen gerne aufmerksam zuhören wollen, das Leben hier im Saal nicht noch erschwert. Eine kleine Anmerkung auf Grund der gegebenen Praxis.

Nun zur Sache, es geht um das Objektivierungsgesetz, es wird hier etwas, das unter dem Namen Objektivierungsgesetz zur Abstimmung kommt, eigentlich endobjektiviert.

Es wird eine weitere Ausnahme eingeführt, Herr Kollege Hergovich, ich lese gleich vor aus dem offiziellen Text von der Antragsbegründung zur Gesetzesänderung. Es ist so, dass bislang, ich lese es hier vor, weil dann können Sie mir nicht unterstellen, ich hätte wieder irgendetwas nicht richtig gelesen.

Nach der geltenden Rechtslage ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Neuaufnahme einer, oder eines Bediensteten in den Landesdienst nur nach vorangegangener Ausschreibung und nach Durchführung eines Eignungsprüfungsverfahrens zulässig. Nun soll zu einigen Ausnahmen eine weitere Ausnahme hinzukommen. Hier darf ich auch schon einmal hinterfragen, ist es der Sinn eines Objektivierungsgesetzes, wenn wir nach und nach immer mehr Ausnahmen hinzufügen?

Welche Ausnahme kommt hier hinzu? Wenn eine Person ein Verwaltungspraktikum absolviert, braucht es dafür keine Ausschreibung, weil es nicht um einen Dienstposten geht, sondern um einen Praktikumsplatz. Das heißt, es muss zwar bekanntgegeben werden, aber es muss keinerlei Ausschreibung und keinerlei Prozess einer objektiven Auslese hier gemacht werden.

Das heißt, hier kommt eine Person, auf welchem Weg auch immer, aber auf jeden Fall nicht über eine Ausschreibung auf einen Praktikumsplatz und nun sollen wir hier beschließen, dass, wenn eine Person sechs Monate lang auf so einem Praktikumsplatz war, sie in eine reguläre Dienststelle übernommen werden kann.

*(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt nicht! – Abg. Werner Friedl: Das stimmt nicht! - Abg. Robert Hergovich: Das stimmt eben nicht! Bitte ordentlich lesen! Der Objektivierungsverband bleibt weiterhin aufrecht! Man muss gescheit lesen! Das ist ja nicht so schwer!)*

Ich lese weiter vor. Für Verwaltungspraktikantinnen oder Verwaltungspraktikanten, die sich eine bestimmte Zeit in einem Verwaltungspraktikum befunden haben, sich in der Praxis einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen angeeignet haben und das Eingehen eines Dienstverhältnisses mit dem Land Burgenland anstreben, soll von der Ausschreibungspflicht Abstand genommen werden. Die Außenaufnahme in ein Dienstverhältnis mit dem Land Burgenland kann jedoch nur nach positiver Durchführung eines Eignungsfeststellungsverfahrens nach dem Objektivierungsgesetz erfolgen. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Herr Kollege Hergovich, bitte lassen Sie mich ausreden, unterbrechen Sie mich nicht immer. Sie wollen mich ... *(Abg. Robert Hergovich: Sie haben etwas Falsches gesagt.)* nein, ich sage nichts Falsches, ich lese genau das vor, was hier steht. Das heißt, das Eignungsfeststellungsverfahren wird weiterhin abgehalten, aber die Ausschreibung, das Ausschreibungsverfahren muss nicht durchgeführt werden. Hier steht eindeutig in dieser Unterlage, die nicht ich formuliert habe, dass die Ausschreibungspflicht entfällt. Ich habe es genau gelesen und ich habe es genau zitiert. *(Abg. Robert Hergovich: Gesagt haben Sie etwas anderes.)*

Wenn wir hier eine weitere Ausnahme einführen, dass zur letztlichen Erlangung eines Dienstpostens eine Person keinerlei Ausschreibungsverfahren mehr durchgehen muss - Ausschreibungsverfahren, ich habe zitiert aus der Unterlage -, dann ist das aus unserer Sicht ein weiterer Schritt der Öffnung für Freunderlwirtschaft, des Besetzens von Praktikumsplätzen durch eigene Leute, die sich nicht eines Ausschreibungsprozesses unterwerfen mussten, um sie dann später weiterzureichen ohne jegliche weitere Ausschreibung.

Dem können wir nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur eine kurze Anmerkung zum Kollegen Kölly. Es gibt eine große österreichische Versicherung, die als Slogan „Ihre Sorgen möchten wir haben“ hat. *(Heiterkeit in den Reihen der FPÖ und SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Gott sei Dank Sorge ich mich um unser Burgenland. Du anscheinend nicht! Entschuldigung: Sie! Bist du narrisch.)*

So sehe ich das auch und auch Ihren Antrag, dass das Fragerecht nur der Opposition zustehen sollte. 2010 haben Sie bis jetzt drei Anfragen gestellt. *(Abg. Manfred Kölly: Du passt nicht auf! Lies das Protokoll! Bei jeder Sitzung.)* Also da sollten Sie vielleicht an Ihrer eigenen Aktivität arbeiten, bevor Sie anderen irgendetwas unterstellen, weil nur Qua-qua-Machen zu wenig ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Bist du deppert)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben schon im Regierungsübereinkommen festgehalten, dass wir längst überfällige Novellierungen durchführen werden, damit sie modern und effizient geregelt werden. Gleichzeitig geht es natürlich auch darum, enorme Kosten einzusparen. Interessant ist hier, dass die Opposition, wenn es ums Sparen geht, immer dann zu schreien beginnt. Mit der Novellierung des Objektivierungsgesetzes wird das grundsätzliche Modell des Objektivierungsverfahrens ja nicht geändert. Hier geht es rein darum, den Objektivierungsprozess effizienter zu gestalten. Die Auswahl und Ausbildung der Mitarbeiter ist für die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung wesentlich. Das

Personalentwicklungssystem muss modernisiert werden. Jeder, der nur annähernd etwas von Personalmanagement versteht, wird hier einsichtig sein, dass es wirtschaftlich nur von Vorteil sein kann, dass zum Beispiel ein Praktikant, der sich schon gut im Unternehmen integriert hat und mit den Arbeitsprozessen und -abläufen vertraut ist, bei Bedarf direkt übernommen werden kann, ohne dass eine Ausschreibung notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Szenario haben wir in jeder Gemeinde heute. Der Bürgermeister kann bis zu sechs Monate aufnehmen, der Gemeindevorstand kann weitere sechs Monate aufnehmen. Was für die Gemeinden gut ist, soll für das Land nicht gut sein, das versteht ja kein Mensch.

Dieser Ablauf soll aber nur eine Ausnahme darstellen. Das heißt nicht, dass jeder, der ein Praktikum absolviert, automatisch übernommen wird. Hier geht es nicht um Freunderlwirtschaft, wie es manche Oppositionsparteien bezeichnen, sondern hier geht es um Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

**Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ) *(fortsetzend)*:** Eine Ausschreibung und der ganze Prozess, der dahinter steckt, kostet Zeit und Geld. Wenn aber dringender Bedarf besteht, also eine Stelle schnell zu besetzen ist, dann soll die Möglichkeit bestehen, schnell reagieren zu können. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Das gibt es schon lange.)* Durch diese Novellierung wird dies möglich sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein!)* Der Eignungstest muss ja trotzdem absolviert werden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch. Seit 2008.)* daher verstehe ich die Aufregung und die Sorge nicht, dass hier unqualifizierte Personen zu Jobs gelangen sollen, für die sie nicht geeignet sind. Der Eignungstest ist ja für jeden gleich und wenn er sich für die Stelle eignet, warum soll ihm hier der Weg verwehrt bleiben.

Dies ist nicht gerade förderlich für die Motivation. Das wird ihnen auch jeder Personalexperte bestätigen. Das Gegenteil ist der Fall, die Motivation nimmt zu. Bei der Kritik der Grünen stelle ich mir die Frage, ob sie hier nicht die Praktikanten im öffentlichen Dienst diskriminieren. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist jetzt ein Scherz gewesen, oder?)* Sollen sie nicht die Möglichkeit haben, übernommen zu werden? Und das, obwohl sie in ihrem Praktikum alles gegeben haben, fleißig waren und auch sehr gute Leistungen erbracht haben. Vielleicht sollten sich die Grünen die Definition beziehungsweise den Sinn des Praktikums noch einmal ansehen und durch den Kopf gehen lassen.

Wir freuen uns jedenfalls, dass motivierten Praktikanten die Möglichkeit geboten wird, dass sie bei Bedarf übernommen werden können. Vor allem, wenn sie sich über den Praktikumszeitraum bewährt haben, fleißig waren und sich angestrengt haben und somit einen wesentlichen Teil zur effektiven Arbeit in der Verwaltung beigetragen haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesetz, das heute vorliegt, trägt, glaube ich, den falschen Titel. Gesetz, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, das müsste eigentlich heißen, Gesetz, mit dem das Objektivierungsgesetz beendet wird. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist schon wieder falsch.)*

Denn heute, meine Damen und Herren, (*Abg. Robert Hergovich: Wieder falsch.*) werden die letzten Reste ... (*Ein Problem mit der Mikrofonhöhe wird seitens der Landtagsdirektion behoben.*) Danke, jetzt passt es.

Jedenfalls werden heute die letzten Reste einer ansatzweise objektiven Personalaufnahme im Burgenland zu Grabe getragen. Dieser heutige Tag reiht sich ja nahtlos in diese Pleiten-, Pech- und Pannenpolitik dieser rot-blauen Einheitspartei ein. (*Zwiesgespräche in den Reihen*) Ein Begräbnis erster Klasse, könnte man sagen, für das Objektivierungsgesetz.

Es ist ja nicht überraschend, dass die SPÖ keine Skrupel hat, dieses Objektivierungsgesetz ganz einfach zu pervertieren. Ein Gesetz, das wirklich erstritten worden ist, wo lange darum gerungen worden ist, und was, glaube ich, den Menschen damals ein bisschen Luft zum Atmen gegeben hat und wo die Menschen ein bisschen Vertrauen zur Politik gewonnen haben. Das ist mit dem heutigen Tag, meine Damen und Herren, vorbei.

Wenn man sich die Kommentare ansieht, wenn ich sage, Pleiten-, Pech- und Pannenpolitik einer rot-blauen Einheitspartei, dann ist ja nicht das etwas, was ich sage, oder nicht nur ich sage, oder viele Menschen im Burgenland sagen, sondern das kommt ja von der allerhöchsten SPÖ-Spitze. Der Herr Klubobmann Schieder hat gemeint, jede Regierungsbeteiligung der Blauen bringe schlechte Ergebnisse. Heute haben wir so ein schlechtes Ergebnis.

Dieser Unfähigkeitsbefund kommt von höchster Spitze der SPÖ. (*Abg. Robert Hergovich: Wer sagt das? Wer hat das gesagt?*) Meine Damen und Herren! Wirklich überraschend ist aber, was wirklich überraschend ist, dass die FPÖ hier von einer einstigen, zumindest vorgetäuschten Kernkompetenz abrückt. Vorbei ist es mit dem Kampf gegen Freunderlwirtschaft, (*Abg. Robert Hergovich: Wir sind ja nicht in der Stadt Eisenstadt.*) vorbei ist es mit dem Kampf gegen Privilegien und gegen Proporz.

Heute setzen Sie von der FPÖ den ersten offiziellen Schritt, und zwar erkennbaren, für jeden erkennbaren Schritt zu einer neuen FPÖ. Zu einer FPÖ, die sich ganz einfach dabei wohlfühlt, wenn die rote Allmacht bestimmt und wenn ein paar Essensreste vom wohlgedeckten Tisch der SPÖ auf die FPÖ fallen. Die FPÖ ist wirklich zu einem traurigen Anhängsel geworden, zu einem traurigen Anhängsel roter Macht, eine traurige Gestalt, die hier übergeblieben ist, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP – Landesrätin Verena Dunst: Oberösterreich!*)

Was Sie heute tun, insbesondere von der FPÖ, was Sie heute tun, das ist in Wahrheit Verrat an Ihren Wählern, Verrat an Ihren Funktionären. Sie haben es sich ganz einfach gemütlich gemacht in der Westentasche des großen roten Bruders. (*Zwiesgespräche in den Reihen*) Und vom Beginn an in dieser rot-blauen Einheitspartei hat es nur eines gegeben: Proporz wieder einführen, den wir abgeschafft haben, ob es jetzt in den Beratungsgremien, in den Beiräten, wo immer das auch ist. Jetzt geht es halt auch darum, in den Personalfragen viel Rot und ein bisschen Blau zu erzielen.

Jedes Jahr, meine Damen und Herren, wird hier im Landtag der Objektivierungsbericht diskutiert und wir von der ÖVP haben jedes Jahr gesagt, und ganz deutlich gesagt, dass wir die Gesetzesänderungen aus 2008 und 2009 damals nicht mitgetragen haben und auch immer dagegen waren. Das waren Gesetzesänderungen, die das Objektivierungsgesetz an sich schon durchlöchert haben, heute wird halt der Endpunkt gesetzt und heute macht die FPÖ hier mit, bei einem Todesstoß gegen dieses Objektivierungsgesetz.

Wissen Sie noch, Herr Klubobmann Kovasits, wissen Sie noch, was Sie gesagt haben beim Objektivierungsbericht 2011? Wissen Sie das noch? Ich werde ihnen ein bisschen helfen, dass Sie sich ein bisschen wieder erinnern können. Ich zitiere jetzt den Herrn Klubobmann, er hat gemeint: Im Burgenland gibt es bei Personalaufnahmen schlichtweg keine Objektivierung. In der letzten Legislaturperiode, in der die SPÖ die absolute Mehrheit hatte, wurde das Objektivierungsgesetz zweimal novelliert. Und zwar in den Jahren 2008 und 2009. In den Jahren 2008 und 2009 haben zwei folgenschwere Anschläge auf das Objektivierungsgesetz stattgefunden. - Anschläge, die Sie gerade verteidigt haben. -Seither ist das Gesetz endgültig wertlos - haben Sie gesagt -, die SPÖ hat unkontrollierbaren Postenschacher im Land Tür und Tor geöffnet, keine Ausschreibungen, keine Eignungstests, keine Kontrolle.

Sie haben damals von zwei Anschlägen geredet und heute führen Sie gemeinsam mit diesen damaligen Tätern den Todesstoß durch. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Aber es war ja nicht nur der Kollege Klubobmann Kovasits, der sich so geäußert hat, die jetzige Dritte Landtagspräsidentin der SPÖ, damals FPÖ-Abgeordnete, hat sich auch zum Objektivierungsgesetz geäußert. Sie hat vor einem Jahr, ziemlich genau vor einem Jahr, hier gemeint: Spätestens die letzten zwei Novellen, nämlich aus dem Jahr 2008 und 2009, haben in Wirklichkeit dieses Gesetz zu einem reinen „Postenschachergesetz“ gemacht.

Und dann hat sie noch interessanterweise am Schluss gemeint: Wir stehen, und das gebe ich zu bedenken, jetzt unmittelbar vor einer großen formalen Reform, nämlich der Landesverfassung. Entscheidend wird allerdings sein, wie sich in Wahrheit die Realverfassung in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Das wissen wir heute, wie sich diese Realverfassung entwickelt hat. Eine rot-blaue Einheitspartei, eine rot-blaue Politik nach dem Motto „Tricksen, täuschen und tarnen“.

Dass wir diesem Gesetz natürlich nicht zustimmen können, ist selbstverständlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ):** Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Selbstverständlich muss ich darauf antworte, um hier ein bisschen Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Sogar das Wort „Sachlichkeit“ erweckt schon die Gemüter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aus Ihrem Munde schon.)* Anscheinend ja.

Zu dem Vorwurf zum Beispiel seitens der ÖVP, die FPÖ habe null Kompetenz, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Korrekt!)* zumindest der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter habe null Kompetenz, möchte ich eines hinzufügen. Und da bitte ich Euch, dass Ihr Euch bei der Feuerwehr entschuldigt, denn es ist beschämend, jetzt die Feuerwehr wegzulegen, die Feuerwehr beiseite zu legen. Denn Ihr wart zuständig für die Feuerwehr, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Es sind doch die Mittel gebunden. Haben Sie doch keine Entscheidungsgewalt.)* für das Rote Kreuz, das heißt, jetzt plötzlich sei die Feuerwehr nichts mehr wert, weil Ihr in der Opposition seid, also das ist wirklich beschämend, muss man sagen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Und auch davon zu sprechen, dass der Tschürtz jetzt mit einem Chauffeur herumfährt (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist es nicht so?*) und vielleicht ein Büro hat. Na ja, was war denn die letzten 15 Jahre? Wer ist in den letzten 15 Jahren mit einem Chauffeur gefahren?

Das sind lauter solche Aussagen, die, glaube ich, nicht zielführend sind. Und, ich glaube auch, liebe ÖVP, dass Ihr dadurch auch weiter sinken werdet. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Werden wir sehen.*) Ihr werdet dadurch weiter sinken, das gebe ich Euch schriftlich. Und ich sage Euch auch, dass die Menschen das wissen.

*Ich bin auch viel unterwegs (Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wir auch!)* und auch wenn man jetzt prügelt - ja, Ihr auch - ja, und die ÖVP ist eh super und klass und toll und es ist Wahnsinn, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Hast schon recht! Endlich eine richtige Aussage.*) wie Ihr gut seid, ja eh genau, genau. Aber beschämend ist trotzdem, dass Ihr die Feuerwehr verleugnet und sagt, die Feuerwehr ist null, denn die Kompetenzen, die der Tschürtz mit der Feuerwehr hat, das ist ab jetzt null. (*Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Wer sagt denn das? Das sagt doch keiner.*) Das ist genau das Problem, das Ihr habt.

Daher glaube ich auch, dass man die Sache wirklich nüchtern angehen sollte. Und diese neue Verwaltungsreform im Land, dieser gläserne Konzern trägt dazu bei, dass es keine Doppelbesetzungen gibt, wo die ÖVP ja immer nur auf Posten und auf Geld aus war. Immer nur auf Posten und Geld! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet der Richtige.*) Das zeigt sich auch, wenn der Herr Abgeordnete Steindl sagt, na ja, null Kompetenz. Was hätte er leicht gerne? Der ist nur aus auf Geld, Macht, Posten, nur auf das.

Ich sage Euch eines: Es geht nicht nur um Geld. Es geht nicht nur um Posten. Es geht darum, dass man für das Land etwas weiterbringt. (*Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das tut weh, oder?*) Dieser gläserne Konzern, der kommt, der ist wirklich erstmalig und einmalig und es wird auch in der Bevölkerung anerkannt werden. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist der Hintergrund von dem Gesetz? Was hat es mit dem gläsernen Konzern zu tun, wenn ich die Ausschreibungen abschaffe? – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Mag. Franz Steindl: Themaverfehlung! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Das sage ich Euch! Vielleicht jetzt noch nicht. Es gibt verschiedene Programme, die noch kommen werden. Sie haben vorher etwas anderes gesagt. Okay, ich gehe gerade auf das ein, was Sie vorher gesagt haben.

Ich glaube nicht Themenverfehlung. Warum soll das eine Themenverfehlung sein, wenn ich darauf eingehe, wenn Sie sagen, es gibt nur eine rot-blaue Einheitspartei und da geht nichts weiter, und, und, und. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldige! Was hat das mit dem zu tun, dass ich die Ausschreibungen abschaffe? Jetzt bringt Ihr das Gesetz ganz um. So ist es. Man muss die Wahrheit sagen. – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Mag. Thomas Steiner: Man muss die Wahrheit auch sagen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, was der Herr Kavasits und die Frau Benkö vor zwei Jahren zu diesem Thema gesagt haben. Und heute macht Ihr das Gegenteil. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Auch im Bereich der Objektivierung wird es so sein, dass zukünftig nicht überall laute Schwarze sind, und eines kann ich Euch auch garantieren, ich habe jetzt nicht verstanden, bitte nochmal, ich habe es wirklich nicht verstanden.

Also die ÖVP möchte, dass ich das sage, was die ÖVP mir befiehlt? (*Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein!*) Ist das ungefähr so richtig? Auch nicht, in Ordnung, gut.

Dann kommen wir nochmals zurück zur Postenschacherei, zur Objektivierung und zu allem, was es da so schön gibt. Ich frage mich, wo die ÖVP vor 15 Jahren war? Faktum ist, und wir werden das in dieser neuen Regierung nicht machen, dass wir jeden Schwarzen jetzt austauschen, sondern wenn ein ÖVP-Mann gut ist und ein guter Manager ist, dann hat er auch das Recht, dort zu arbeiten. Und wenn Sie es auch nicht glauben, ... *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ihr habt die Beiräte alle schon ausgetauscht.)*

Das ist ein Koalitionsübereinkommen, wo man Arbeit leisten muss. Beim Beirat, Herr Abgeordneter Steindl, bekommt man kein Geld. Ich weiß schon, dass Sie gerne immer Geld sehen, Posten sehen, Brieftaschen sehen. Da kriegt man kein Geld bei einem Beirat.

Das ist genau das Problem der ÖVP. Die fahren durchs Land und sagen, Posten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht unser Problem.)* und das brauchen wir und Geld brauchen wir. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist Euer Problem.)* Das wird es in der neuen Regierung nicht geben.

Das gibt es nicht in der neuen Regierung. Hier geht es um Effizienz, hier geht es um Schnelle, hier geht es darum, dass man wirklich wirtschaftlich das Land neu aufstellt und Herr MMag. Petschnig kann Ihnen gerne einen Unterricht geben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der ist eh in Ordnung.)* wenn Sie einmal Zeit haben. Er schult Sie einmal ein, 20 Minuten, dass Sie einmal ein bisschen ... *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Ah, der ist eh gut, na dann wird eine Lehrstunde für Sie beim Herrn MMag. Petschnig vielleicht notwendig sein. Das, glaube ich, ist wahrscheinlich sehr notwendig.

Faktum ist, dieser neue gläserne Konzern ist im Werden. Die Verwaltungsreform ist im Werden. Das heißt, das geht ja nicht von heute auf morgen. Auch die ganze Objektivierungssituation ist ebenfalls so ausgerichtet, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dass Ausschreibungen abgeschafft werden.)* dass es anders ist als vorher. Faktum ist, und dann komme ich eh schon zum Schluss, weil ich sehe gerade, das bringt ja alles gar nichts. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt.)* Denn auch wenn man versucht, sachlich zu argumentieren ... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist korrekt.)*

Ich könnte Ihnen Beispiele aufzählen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte!)* wo es Euch wirklich nur um Posten geht, um Postenschacher, in den letzten 15 Jahren, es geht nur um Posten und Chauffeur, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Vergangenheit kann man nicht mehr ändern, die Zukunft schon.)* so, wie der Abgeordnete Steindl gesagt hat, und einen Chauffeur, und Büro.

Es geht uns nicht um das, uns geht es um die Sache, uns geht es um die Arbeit, uns geht es um das Land Burgenland und deren Bevölkerung und nicht um so eine Schaumschlägerei wie die ÖVP macht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Werner Friedl.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir das jetzt angehört. Eines kann ich Euch sagen: Ihr habt alle einen Eid abgeschlossen, dass Ihr für die Burgenländerinnen und Burgenländer arbeitet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)*

In den letzten 15 Jahren, unter der Leitung von Landeshauptmann Hans Niessl, sind wir vom Schlusslicht, vom Armenhaus, der Schulschande, an die Spitze der Bundesländer gekommen. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Rede von der Zukunft!)*

Ich rede von der Zukunft. Und jetzt rede ich vom Objektivierungsgesetz. Und das lese ich nicht vor, weil Ihr es anscheinend ohnehin gelesen habt. Zu Ihnen möchte ich sagen, wenn Sie hineingehen und zu den Medien sagen, eine Freunderlwirtschaft, dann muss ich schon das Ganze hinterfragen und muss sagen, wie das funktioniert.

Weil der Bund schon im 80-er Jahr dieses Prinzip verwendet hat. Es ist nämlich so, dass das Land Burgenland jetzt versucht hat, Praktikantinnen und Praktikanten aufzunehmen. Dass es den Damen und Herren eine Chance gegeben hat, dass sie sich profilieren können. Dass sie ausgebildet werden fürs zukünftige Leben.

Ich werde das jetzt so erklären. Wenn ein Praktikant sechs oder zwölf Monate gut arbeitet, im Team integriert ist, und der Leiter dann nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr feststellt, der ist geeignet, der hat einen Charakter, der passt dort hinein, dann wird er - no na - sagen, ich schiebe den ab, wenn die Möglichkeit besteht, dass er dann auf einen freien Dienstposten kommt.

Ist kein Dienstposten vorhanden, dann muss er eh ausscheiden. Ist aber ein Dienstposten vorhanden, weil jetzt hat er nur ein Ausbildungsverhältnis, wo es keine Ausschreibung geben muss.

Ist aber ein Dienstposten vorhanden, dann hat er sich genauso dem Objektivierungsgesetz zu stellen. *(Beifall bei der SPÖ)* Das muss ich jetzt hinterfragen, warum Sie dagegen sind, Herr Bürgermeister? Jetzt frage ich Sie, wie machen Sie das in der Gemeinde, wenn Sie einen ausgezeichneten Praktikanten haben, der sechs Monate arbeitet? Den schieben Sie weg? *(Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Manfred Kölly: Den schreibe ich aus und wenn er eh so gut ist, wird er genommen.)*

Also da muss ich das Ganze, und Sie muss ich auch hinterfragen, wie Sie zu unseren jungen Damen und zu unseren jungen Herren stehen? Weil das, was Ihr von Euch gegeben habt, das ist gegenüber unseren Damen und Herren, unseren jungen Verwaltungspraktikanten, nicht in Ordnung.

Meine Fraktion wird zustimmen, weil dieses Objektivierungsgesetz in Ordnung ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist eine sehr wichtige und herausfordernde Aufgabe der Landespolitik, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die für junge Menschen Beschäftigung bringen.

Ich denke, dass das Land Burgenland aktuell auch in den letzten Monaten und auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, dass junge Menschen Beschäftigung bekommen.

Ich darf auch aktuell mitteilen, dass wir im Burgenland 1.100 Jugendliche in den Lehrwerkstätten, in den Behindertenwerkstätten und auch auf Lehrplätzen beim Land Burgenland und auch bei landesnahen Unternehmen haben. 1.100, die keine Beschäftigung hätten, würde die öffentliche Hand hier nicht entsprechend *(Abg. Manfred Kölly: Das hat aber mit diesem Antrag nichts zu tun, oder? – Abg. Edith Sack: Sehr wohl! – Zwiegespräche zwischen der Abg. Edith Sack und dem Abg. Manfred Kölly)* - ich komme schon dazu, das ist ja nur die Einleitung, Herr Kollege.



Wir haben auch im Sommer 320 Ferialpraktikanten beim Land Burgenland und bei landesnahen Unternehmen gehabt. Ich komme schon zum Thema, werden Sie nicht unruhig, Frau Kollegin.

Ich möchte ja nur einmal darauf hinweisen, weil Sie das ja offensichtlich auch nicht, Sie ja auch nicht wissen können, dass wir 1.100 ausbilden, dass wir 390 Ferialpraktikanten beim Land und landesnahen Unternehmen haben und dass es 542 Verwaltungspraktikanten gibt - beim Land und landesnahen Unternehmen.

Ich habe mir das auch jetzt herausschreiben lassen, weil ich das in dieser Form auch nicht gewusst habe. Ich denke, es ist für den Landtag nicht unwesentlich zu wissen, dass vom Land Burgenland und landesnahen Unternehmen 2.032 junge Menschen, temporär zumindest, beschäftigt waren und hier eine Chance gehabt haben, zu arbeiten.

Jetzt zum eigentlichen Thema, dem Objektivierungsgesetz. Wenn man unser Objektivierungsgesetz mit Ihrem vergleicht, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben gar kein Objektivierungsgesetz. Wie soll ein Gemeinderat ein Gesetz beschließen?*) das Sie praktizieren, weil Sie gar nichts haben, das ist ja noch ganz ärger. Dann halte ich das überhaupt für komplett unglaubwürdig, da etwas zu kritisieren, was ich selber nicht habe. (*Beifall bei der SPÖ*)

Aber das ist natürlich wieder typisch. Kritisieren kann der, der es besser macht und nicht schlechter macht. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir machen es auch besser.*) Ja, am St. Nimmerleinstag. Was Sie versprechen, haben Sie selten gehalten, nur so nebenbei gesagt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Da haben Sie keine Ahnung.*)

Also insofern bleiben wir einmal bei dem, was man macht. Sie sehen nur das bei den anderen und selber machen Sie sehr wenig, das muss ich Ihnen auch sagen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das werden wir sehen.*)

Der nächste Punkt ist, warum wird das Objektivierungsgesetz ... (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Tricksen, tarnen, das ist das, was Sie machen.*) 2.032 ist tarnen? Das werden wir diesen jungen Leuten mitteilen, die wir die Chance gegeben haben, 2.000 jungen Menschen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Davon habe ich nicht gesprochen. Dass Ihr das Objektivierungsgesetz umbringt, davon habe ich gesprochen.*) die hier beschäftigt waren und ausgebildet worden sind. Sie haben sehr, sehr wenig gemacht bis nichts. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glauben Sie.*)

Der nächste Punkt ist, dass natürlich diese jungen Menschen, die hier arbeiten, zum Land stehen und eine hervorragende Arbeit machen und uns in vielen Situationen auch extrem geholfen haben.

Wir haben - ein Beispiel nur, und ich könnte viele aufzählen - den Anstieg von Strafen von 40.000 auf 100.000 in einer BH. Dramatischer Anstieg durch Neuaufstellen von Radarstationen. Der Bund kassiert das Geld, wir müssen es administrieren. Kurzfristig wurden Praktikanten eingestellt, die das hervorragend in wenigen Wochen gemacht haben und dazu beigetragen haben, dass wir unsere Aufgabe auch erfüllen konnten.

Das ist in vielen Bereichen so, wo jemand im Krankenstand ist, wo es mehrere Krankenstände gibt und wo kurzfristig Ferialpraktikanten beziehungsweise Praktikanten einspringen; die sehr gut arbeiten. Wo täglich auch feststellbar ist, wie viele Akten diese gearbeitet haben. Dann kommen Sie daher und sagen, die dürfen eigentlich beim Land, obwohl sie über die Objektivierungskommission gehen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um die Ausschreibung.*) die werden objektiviert, wo der Vorsitzende ein unabhängiger Richter ist. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um die Ausschreibung.*)

Um was es Ihnen geht, wissen wir eh. Nämlich nur immer dagegen zu sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gegen dieses Gesetz bin ich wirklich.)*

Also es geht darum, dass diese selbstverständlich zur Objektivierungskommission gehen, wo der Vorsitzende ein Richter ist, wo sie selbstverständlich das Objektivierungsverfahren machen müssen. Sie haben den einen Vorteil, das stimmt und dazu stehe ich auch, und das ist fürs Land ein Vorteil: nämlich dort zu arbeiten, wo man dringenden Bedarf hat, dort eine sehr gute Arbeit zu machen; und dann die Möglichkeit, über die Objektivierung ins Land zu kommen.

Das ist im Bund genauso, das ist in anderen Bundesländern genauso und das ist jetzt bei uns im Burgenland auch so. Da ist überhaupt kein Unterschied zwischen der Bundesvorgangsweise, der einzelnen Bundesländer, und so wird es auch das Burgenland machen und das ist auch der richtige Weg. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen auch sagen, das haben wir natürlich überlegt. Weil diese jungen Leute zu einem wesentlichen Teil wirklich sehr fleißig, tüchtig, engagiert sind und sich mit dem Land identifizieren.

Und was ist vor einer Objektivierung? Was gibt es Besseres, als diese jungen Leute kennenzulernen, ob sie ins Team passen, ob sie das wollen? Und dass sie dort auch eine entsprechende Leistung bringen.

Wenn man im Nachhinein dann sagt, ja, du gehst über das Objektivierungsverfahren, wo der Richter ein Vorsitzender ist, dann ist das objektiv. Denn ich nehme nicht an, dass es viele Bereiche gibt. Wir haben schon gehört, wo es sie nicht gibt, wo eine unabhängige Objektivierungskommission mit einem Vorsitz eines unabhängigen Richters diese Reihungen dann in entsprechender Form festlegt.

Also insofern eine Vorgangsweise, die bundeskonform ist, die die anderen Bundesländer haben und die jetzt auch das Burgenland hat, und genau in die Richtung geht, dass wir jungen Burgenländerinnen und Burgenländern einen Arbeitsplatz im eigenen Land, in der Landesverwaltung, auch bieten wollen.

Dazu stehen wir und das machen wir auch. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Landeshauptmann. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Geschätzte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Auf das Gesagte, glaube ich, muss man doch ein wenig Bezug nehmen. Ich möchte aber vorweg etwas Grundsätzliches sagen. Ich bin zehn Jahre Mitglied des Landtages, ich bin immer in der Nähe der FPÖ-Abgeordneten Tschürtz und Benkö gesessen, ich habe mich oft und sehr gut unterhalten und wir waren in vielen Belangen oft einer Meinung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unter anderem waren wir einer Meinung, wenn es darum gegangen ist, dass die Regierungsbank zu uns Abgeordneten einen belehrenden Stil eingenommen hat, dass das nicht in Ordnung ist und dass alle Kritik, die man anbringen muss und will, auch gehört werden darf. Man muss sich nicht sofort auf die Position zurückziehen, dass etwas Majestätsbeleidigung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt eine klare Aussage eines Mandatars von uns. Der hat gesagt, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, wenige, null Kompetenzen hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben alle

ein EDV-Gerät. Holen Sie sich aus dem Intranet die Referatseinteilung, lesen Sie nach, wie die Verhältnisse der Kompetenzen aufgeteilt sind und geben Sie sich dann hier ein ganz ein objektives Bild. Machen Sie sich selbst ein Urteil. Tatsache ist, dass bewusst oder unbewusst eine absolute Machtstellung der SPÖ ausgebaut wurde. Das wurde heute schon mehrfach betont. Trotz Wahlverluste gibt es ein Regierungsmitglied mehr, trotz dem Verlust von vier Mitgliedern hier im Hohen Haus für die SPÖ-Fraktion ein Vielfaches mehr an Kompetenzen und an Macht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der nächste Punkt ist, dass dieses Gesetz, das heute hier beschlossen werden sollte, mit Mehrheit von Ihnen mitgetragen wird, schon einmal zur Debatte stand. Das war schon 2014 ein Thema. Es war in internen Gesprächen zwischen SPÖ und ÖVP ein Thema. Die ÖVP hat das damals abgelehnt und der Kollege Steiner hat die Beweggründe dazu erläutert. Tatsache ist, dass im Jahr 2008 und 2009 die Objektivierung, die hart erkämpft wurde, ausgehöhlt wurde und zwar mit dem Beschluss einer einzigen Partei.

Es ist legitim hier die Wortmeldungen der FPÖ-Kollegen zu wiederholen. Das, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, war die Intention, einfach aufzuzeigen, dass Ihr noch vor wenigen Monaten, vor wenigen Jahren ganz anders gesprochen habt, mit uns auf einer Linie wart und heute ein derartiges Gesetz mitbeschließt.

Das ist legitim, dass es die Menschen hier im Land erfahren, dass bei jener Partei, die für Kontrolle und Chancengleichheit eingetreten ist, ein Meinungswechsel erfolgt ist, denn es geht nicht darum, dass man irgendjemandem etwas wegnimmt, sondern es geht darum, dass jeder die gleiche Chance im Landesdienst hat. Das ist durch diese Gesetzgebung nicht mehr möglich, dank der Unterstützung einer FPÖ, die noch vor Monaten ganz anders gesprochen hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf den gläsernen Konzern möchte ich auch noch eingehen. Tatsache ist, dass seit 100 Tagen und auch schon davor immer wieder davon die Rede war, dass es Kompetenzüberschneidungen gibt, dass es Doppelgleisigkeiten gibt und dass man die abschaffen muss. Meine Damen und Herren! Ich widerspreche fundamental den von Landeshauptmann Niessl getätigten Aussagen, dass die ÖVP gegen alles ist. Denken Sie an die vorherigen Beschlüsse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Minuten haben wir einen Abstimmungsmarathon hinter uns gebracht, einen einstimmigen Abstimmungsmarathon. Wie glaubwürdig kann da diese Aussage eines Landeshauptmannes, der 15 Jahre hier mit uns einen Weg gegangen ist, der jetzt mit anderen Partnern einen Weg geht, wie verschlossen, wie blind auf vielen Augen kann man sein, wenn man das ignoriert? *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Ich sage eines ganz offen. Natürlich hat es Auswirkungen, wenn es neue Regierungs- und Koalitionspartner gibt, auch in Oberösterreich, aber warum muss ich um Gottes Willen als ÖVP-Abgeordneter aus dem Burgenland mit voller Begeisterung und Euphorie sagen, in Oberösterreich wird das schon funktionieren? Das werde ich auch nicht sagen. Ich bin sehr skeptisch, aber ein großer Unterschied herrscht, Herr Kollege, ein großer Unterschied. *(Abg. Ilse Benkö: Der Proporz!)*

Danke Frau Kollegin Benkö, Sie sind wie immer eine gute Stichwortgeberin für mich. In Oberösterreich gibt es eine Proporzregierung, wo die zweitstärkste Partei die FPÖ ist, die mit drei Regierungsmitgliedern, egal wie, Teil dieser Koalition sein wird. Sie wird dort mitbestimmen, sie wird dort Kompetenzen haben, egal ob sie eingebunden wird durch Vertrag, durch Handschlag oder was auch immer. Tatsache ist, dass dort eine Koalition nur auf Basis des Proporz passiert. Hier, meine Damen und Herren, haben

zwei Partner freiwillig, ohne Druck gesagt, sehr schnell übrigens gesagt, wir halten zusammen, wir bewegen etwas. Deshalb möchte ich nur eines erinnern. (*Landesrat Mag. Norbert Darabos: Demokratie!*)

Ich bin ganz bei Ihnen, Herr Landesrat, das ist Demokratie und es hat niemand von uns in Abrede gestellt, dass diese Landesregierung auf der Basis unserer Verfassung gewählt ist. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber eines, meine Damen und Herren, ist damit Geschichte, und das möchte ich jetzt betonen, denn Tatsache ist, dass man für Aussagen seiner Regierungskollegen, seiner Abgeordnetenkollegen aus einer anderen Fraktion, mit der man in eine Koalition eingetreten ist, auch mitverantwortlich ist. Sie tragen jetzt die Verantwortung. Sie tragen auch mit dem heutigen Beschluss die Verantwortung, dass die Objektivierung in unserem Land weiter ausgehöhlt wurde und die Chancengerechtigkeit von jungen Menschen im Landesdienst nicht mehr existiert. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ein letztes ganz konkretes Wort zum Herrn Landeshauptmann. Herr Landeshauptmann! Sie machen das seit 10 Jahren, seit ich das mitverfolgen kann, sehr galant. Wenn die Opposition oder eine andere Partei kritisiert, dass politische Entscheidungsträger Fehler machen, dann wälzen Sie das Ganze auf die Mitarbeiter ab, auf die Verantwortungsträger in den Abteilungen, in allen vorgelagerten Stellen. Niemand, keiner der Oppositionsredner, keiner der Regierungsredner hat mit einem Wort davon gesprochen, dass irgendein Mitarbeiter, ob jung oder alt, sich nicht mit voller Begeisterung für unser Land einsetzt. Aber dass die Chancengleichheit heute vielen genommen wird, die das auch machen möchten, davon ist die Rede und von sonst nichts anderem. (*Beifall bei der ÖVP - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

**Präsident Christian Illedits** (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Ich möchte gleich da einhaken, wo der Kollege aufgehört hat. Genau um das geht es mir auch. Es ging hier überhaupt nicht um irgendeine inhaltliche Qualifizierung von Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen, Praktikanten, Praktikantinnen. Das haben Sie, glaube ich, richtig verstanden, aber natürlich nicht richtig verstehen wollen. Wenn ich schon Praktikant an einer Stelle war, dann habe ich ja bei einer etwaigen Ausschreibung sowieso schon einen Riesenvorteil.

Also warum wehrt man sich hier vor einer Ausschreibung? Ich verstehe es nicht! Warum soll jemand, der vielleicht woanders auch ein gutes Praktikum gemacht hat, das für diesen Job passen würde, nicht die Möglichkeit haben, sich hier auch zu bewerben? Ich möchte das bitte wirklich hier festhalten, denn ich glaube, dass ich hier auch für alle sprechen kann.

Niemand wird irgendeiner Person, die sich in ihrem Job engagiert und die sich bemüht und es gut macht, eine Qualifikation oder sonst irgendwas abzusprechen. Es klang aber sehr stark danach, Herr Landeshauptmann, so, wie Sie das gesagt haben. Danke. (*Beifall bei den Grünen und der ÖVP*)

**Präsident Christian Illedits**: Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz**: Ich muss mich nochmal zu Wort melden, denn diese Untergriffe der ÖVP sind natürlich nicht in Ordnung. (*Abg. Mag.*)

*Michaela Resetar: Sei nicht so wehleidig!*) Sie sagen, es gibt ein Ressort mit Null Kompetenz. (*Abg. Doris Prohaska: Zuerst austeilen und dann sagen, man soll nicht so wehleidig sein.*) Der Großteil dieser Kompetenz war vorher in ÖVP-Hand! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein kleiner Teil dessen, was in ÖVP-Hand war.*)

Vielleicht sollte man das ein wenig weitblickender betrachten. Uns geht es nicht wie der ÖVP um Geld, um Macht und um Posten, sondern uns geht es um die Gemeinsamkeit, um das Land und um die Neuausrichtung des Landes Burgenland. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wenn wir schon bei der Objektivierung sind, dann ist es definitiv so, dass es beispielsweise in der Stadtgemeinde Eisenstadt ja überhaupt keine Objektivierung gibt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch!*) Der Objektor ist dort sozusagen der Bürgermeister Steiner, der festlegt, wer wie was wann. Das ist genau diese Doppelzüngigkeit. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich werde Dir gleich sagen, wie es läuft.*) Die Zunge, die aus Euch spricht, ist deshalb auch nicht in Ordnung, weil Ihr in den letzten 15 Jahren alles mitbestimmt habt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist jetzt besser?*) Ihr habt das Objektivierungsgesetz auch bei der letzten Periode mitgetragen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir, als ÖVP, haben nicht zugestimmt. Wir nicht! Das stimmt nicht!*) Natürlich! Ja, 2009, aber 2013 habt Ihr mitgestimmt. Faktum ist natürlich, und das darf man wirklich nie vergessen: Dass man in der ÖVP natürlich jetzt bestürzt ist, dass verstehe ich ja, das mag ich durchaus verstehen, denn jetzt ist man in Opposition, aber da kann ja ich nichts dafür, da kann ja niemand etwas dafür, sondern der Wählerwille war eindeutig und der Wähler hat gewählt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, das glaube ich! – Abg. Manfred Kölly: Eindeutig war er aber nicht!*)

Das ist nun einmal so und nicht irgendjemand in der ÖVP bestimmt, wer zukünftig im Land Burgenland mit irgendeinem Wähler reden darf oder nicht reden darf. Faktum ist, und da komme ich ohnehin schon zum Schluss, dass durch die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei es jetzt möglich ist, gemeinsame strukturelle Änderungen durchzuführen, es möglich ist, einen gläsernen Konzern zu machen, es möglich ist, eine Verwaltungsreform zu machen, es möglich ist, wirklich nach Leistung jemanden mit Leistung in eine Position zu setzen, und nicht so, wie es vorher war, bei der ÖVP, die immer gesagt hat, da brauche ich einen Posten, da brauche ich einen Posten, egal ob der etwas können hat, oder nicht. Das wollen wir nicht. Bei uns geht es nach Leistung. Wenn einer bei der ÖVP als Manager gut ist, dann soll er auch bleiben. (*Beifall bei der FPÖ und der SPÖ*)

**Präsident Christian Illedics:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Sagartz hat aufgerufen, einen sehr sachlichen Blick darauf zu werfen und ich glaube, dieser sachliche Blick ist auch notwendig.

Wenn man jetzt davon spricht, wer hat ein Regierungsmandat mehr oder weniger oder wie auch immer, dann kann man das wirklich sehr sachlich beurteilen. Die Sachbilanz sieht so aus, dass die SPÖ ein Plus von eins, die FPÖ ein Plus von zwei und die ÖVP ein Minus von drei zu verzeichnen hat. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Das erklärt natürlich auch den jetzigen Gemütszustand und so kann man auch alle Aussagen deuten. Aber, was mich schon ein wenig beeindruckt ist, wenn hier plötzlich der Kollege Steiner oder der Kollege Sagartz hinaus gehen und sagen, das ist ein Wahnsinn, was die FPÖ da macht.

Da bin ich schon ein wenig beeindruckt, weil die FPÖ ist ja eigentlich jemand, mit dem sie in der jüngsten Vergangenheit nie ein Problem gehabt haben. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben wir auch jetzt nicht.*) Warum Sie jetzt versuchen, die FPÖ hier schlechtzureden, das kann ich mir nicht erklären. Ich erinnere an Schüssel, ich erinnere an Pühringer. Warum man jetzt ein Problem mit der FPÖ hat, kann ich objektiv nicht nachvollziehen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe kein Problem! Der Faymann und der Schieder haben mit Euch ein Problem.*)

Aber, ich verstehe, dass sich die ÖVP zur Fundamentalopposition zurückgezogen hat. (*Allgemeine Unruhe*) Ich verstehe es nicht, aber ich nehme es zur Kenntnis. Jede Woche einen anderen Pseudoskandal zu erfinden, wird Ihnen auch nicht helfen. Ich habe gehört, dass es morgen wieder eine Pressekonferenz zu einem Pseudoskandal gibt, wie alle Wochen am Freitag, denn das dürfte sich so eingebürgert haben. Aber, glauben Sie mir, die Burgenländerinnen und Burgenländer folgen Ihnen ja nicht mehr, die können ja das nicht mehr hören. (*Ein Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Ein Minus von sechs Prozent!*)

Herr Kollege Steiner, der Herr Kollege Sagartz hat von Chancengleichheit gesprochen. Ich erinnere mich, als Sie die Magistratsdirektion bestellt haben. Ich erinnere mich, wie Sie den ehemaligen Bürgermeister von Müllendorf, ÖVP-Bürgermeister, zum Leiter des Bauhofes erklärt haben. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine gute Wahl!*)

Ich erinnere mich, wie Sie vor ganz kurzer Zeit, einen den ich sehr schätze, einen Kollegen mit Trausdorfer Wurzeln, in die Stadt übernommen haben und der jetzt in der Stadt beschäftigt ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Beantworten Sie mir nur einer Frage: Hat es hier ein Objektivierungsverfahren gegeben? (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich sage es Ihnen gleich!*) Ja oder Nein? Das ist relativ klar beantwortet, denn eines ist klar, ein Objektivierungsverfahren wird es im Land Burgenland weiterhin geben - um jeden Preis. Daran können Sie sich ein Beispiel nehmen, da können Sie beweisen, ob Sie das, was Sie hier sagen, auch in der Stadt leben. (*Beifall bei der SPÖ und der FPÖ*)

**Präsident Christian Illredits:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wenn Sie sich daher stellen und uns vorhalten, was wir vor fünf Jahren gesagt haben. (*Abg. Mag. Michaela Resetar: Vor einem Jahr! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Vor einem Jahr! Vor wenigen Monaten, nicht vor fünf Jahren. Ein paar Monate ist es her.*)

Das Objektivierungsgesetz von 2011 haben Sie zitiert. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: 2014!*) Jedenfalls sage ich Ihnen eines. Sie haben gemeinsam mit der SPÖ die Gemeindeordnung beschlossen. Dort steht ganz genau das Gleiche, was wir heute da beschließen sollen. Das, was für die Gemeinden gut und richtig gewesen sein sollte, weil Sie davon betroffen sind, das soll jetzt fürs Land schlecht sein? (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht denn das? In der Gemeindeordnung? Das stimmt doch nicht!*) Das versteht kein Mensch. (*Abg. Manfred Kölly: Wo steht das? Wo? Wo in der Gemeindeordnung steht das, Herr Klubobmann? Zeig mir, wo das steht! Zeig es mir.*)

Der Bürgermeister kann Personal aufnehmen bis zu sechs Monate und der Vorstand bis zu einem Jahr, das sollten Sie als Bürgermeister wissen. (*Allgemeine Unruhe - Abg. Klaudia Friedl: Das stimmt.*)

Jedenfalls ist das Prinzip das Gleiche und wir beschließen heute da eine Kleinigkeit. Das Gesetz wird nicht einmal verändert, sondern es wird nur dieser Passus mit hinein genommen. Also wo soll Ihr Problem liegen? *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

**Präsident Christian Illedits:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP):** Herr Kollege Klubobmann Kovasits! Das steht nicht in der Gemeindeordnung!

Schauen Sie sich doch das Gemeinde-Bedienstetengesetz an, denn dort stehen nämlich die Vorschriften, wie die Gemeinden bei der Aufnahme von Personal vorzugehen haben. Ich weiß nicht, ob Sie da mitgestimmt haben. Wir haben jedenfalls mitgestimmt, denn dort ist die Ausschreibungspflicht erstmals für die Gemeinden auch festgelegt worden. Mit einer Ausnahme, nämlich, im Falle von einem dringenden Personalbedarf, so, wie es im Land auch schon lange üblich ist, ist es hier auch möglich, ohne Ausschreiben aufzunehmen. *(Abg. Géza Molnár: In Eisenstadt ist immer alles dringend! – Allgemeine Heiterkeit)* Das ist falsch. *(Abg. Manfred Kölly: Wenn Ihr wo einen Bürgermeister hättet, dann würdet es Ihr doch genauso machen.)* Das ist nicht richtig. Das ist falsch. Das ist die, also, wenn ich es... Entschuldigung, das ist einfach nicht richtig. Das ist falsch. Schauen Sie sich die Aufnahmen an, die sind alle ausgeschrieben, mit ganz wenigen Ausnahmen, im Kindergartenbereich, wo einfach ein Mangel an KindergärtnerInnen gegeben ist.

Jetzt erklären Sie mir einmal, wie das möglich wäre, dass in der Stadt Eisenstadt vor kurzem erst die Gattin eines FPÖ-Funktionärs aufgenommen wurde? Oder die Tochter eines grünen Funktionärs, wenn wir nicht objektiv vorgehen würden und wenn wir nicht darauf schauen würden, wie die Qualifikationen sind?

So schaut es nämlich aus. Das ist der Unterschied. Das ist der Unterschied. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das können Sie sich anschauen, Herr Kollege Kovacs. Der Prüfungsausschuss soll das prüfen. Er soll sich die Personalaufnahmen anschauen und soll einmal schauen, wer da in der letzten Zeit aufgenommen worden ist. Kümmert Euch einmal um Sachen, die wirklich sinnvoll sind, dann könnt Ihr Euch herausstellen und könnt einmal die Wahrheit sagen.

Herr Kollege Hergovich! Bei der Magistratsdirektorin gab es ein unglaublich intensives Objektivierungsverfahren, das ist richtig. Informieren Sie sich beim zweiten Vizebürgermeister, der wird Ihnen das bestätigen. Der Herr Molnár ist da. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ilse Benkö: Der Molnár bestätigt das nicht!)*

Das war ein objektives Verfahren, wo eine Firma, eine externe Firma die Beurteilung vorgenommen hat. Da können Sie lachen, was Sie wollen. Weil sich da herzustellen und sagen, na ja, die Praktikanten sind sechs Monate da und da braucht man ja keine Ausschreibung. Da macht man ja ohnehin ein Objektivierungsverfahren. Das ist nämlich zu hinterfragen, weil wir alle wissen, wie dann das Objektivierungsverfahren abläuft. Das ist nämlich die Wahrheit. So schaut es aus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die nächste Geschichte, weil Sie ja auf den Kollegen mit Trausdorfer Wurzeln eingegangen sind. Das ist richtig, das war ohne Ausschreibung. Das war deshalb ohne Ausschreibung, weil der bei mir im Büro arbeitet. Da bin ich ja einer Meinung. Das steht ja immer schon im Objektivierungsgesetz, dass Mitarbeiter in politischen Büros ohne

Ausschreibung aufgenommen werden können und ehrlich gesagt, wenn ich in meinem Büro jemanden aufnehme, dann werde ich keine Ausschreibung machen, weil dann suche ich mir jemanden aus, mit den Worten des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters zu reden, zu dem ich Vertrauen habe und den ich haben möchte. So einfach ist die Welt. (Abg. Manfred Kölly: Wieso?)

Da können Sie sich da herausstellen, nochmals die Unwahrheit sagen, aber es ist nicht so. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Eisenstadt. (Beifall bei der ÖVP)

**Präsident Christian Illredits:** Wortmeldungen liegen jetzt keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Thomas Steiner: Wir können es gerne ändern.)

Wir kommen zur Abstimmung. (Abg. Thomas Steiner: Entschuldigung! – Abg. Ilse Benkö: Warum drohst Du? Das klingt ja wie eine Drohung. - Abg. Thomas Steiner: Das war doch keine Drohung.) Bitte um Ruhe.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - (Abg. Thomas Steiner: Gratuliere!)

Der Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.